

Heute mit:
Westfälische Weihnacht

Westfälische Nachrichten

ZEITUNG FÜR MÜNSTER

11°
3°

Erst heiter bis wolkig, später dichte Wolken und etwas Regen.

IM WESTEN

Lebenslange Haft für Annas Pflegemutter



SPORT

Ahlener Fußball-Talent will den Weltmeister-Titel



//wn.de

Nr. 274 / 47. Woche
Mo-Fr 1,30 €
Sa-So 1,95 €
7216, Ausg. MS

HEUTE IM LOKALTEIL

Trockenster November seit 1891



MÜNSTER. So trocken wie in diesem Jahr war seit 1891 kein November. Nicht einen einzigen Liter Niederschlag hat der Deutsche Wetterdienst seit Monatsbeginn in Münster gemessen – normal sind 68,1 Liter. Mittlerweile trocken viele Felder aus – und auch die Pegel der Flüsse sinken immer mehr. | 1. Lokalseite

Kein Ende der Hochhausdebatte

MÜNSTER. 35 Meter oder 50 Meter? Das Ringen um die Höhe des geplanten Hochhauses am Bahnhof geht weiter. Gestern wurde die Entscheidung im Planungsausschuss der Stadt auf den 13. Dezember vertagt. Auch ist bisher noch keine Einigung über die Nutzung des künftigen Gebäudes in Sicht. | 1. Lokalseite

Fahrplan für Kanalausbau

MÜNSTER. Zehn Jahre sollen die Ausbauarbeiten am Dortmund-Ems-Kanal im Innenstadtdistrikt von Münster dauern. Im kommenden Jahr geht es los. Gestern stellte das verantwortliche Wasser- und Schifffahrtsamt Rheine den Fahrplan für die Arbeiten vor. | 3. Lokalseite

wn.de //immer besser informiert
Ihr Draht zu uns: 02 51 / 690 - 0
Montag bis Freitag 6-20 Uhr, Sa 6-12 Uhr

SCHON GEHÖRT?

Jeder fünfte Erwachsene in manchen EU-Staaten ist übergewichtig. Mit dem Alter steige der Anteil adipöser Personen an, erklärte die Europäische Statistikbehörde Eurostat. Besonders wenig Menschen mit Fettleibigkeit gab es demnach in Rumänien, Italien, Bulgarien und Frankreich, besonders viele unter anderem in England und Malta. Deutschland liegt im Mittelfeld.

Zitat „Jeder hat eine zweite Chance verdient. Er ist immer noch ein Ausnahmetalent der Union.“
Philipp Mißfelder über eine mögliche Rückkehr von Karl-Theodor zu Guttenberg

| Börse | DAX <input checked="" type="checkbox"/> | EURO <input checked="" type="checkbox"/> |
|-------|---|--|
| | 5428,11 | 1,3373 \$ |
| | - 0,54 % | - 0,0014 \$ |

KOMMENTAR

Haushaltsprobleme beim Landschaftsverband
Das Leid der Kommunen

Das finanzielle Desaster des LWL ist nicht hausgemacht; darum veranschaulicht es trefflich das Kernproblem der Kommunen und ihrer Spitzenverbände in NRW: Sie sind chronisch unterfinanziert.

Aufgaben von oben nach unten durchzureichen, ist eine beliebte politische Praxis. Vom Bund auf die Länder, von dort zu den Kommunen. Die stehen in der Hierarchie ganz unten und sind die Dummen.

Seien es Hartz-IV-Leistungen, Plätze für die Kleinkind-Betreuung oder sei es die Versorgung behinderter Menschen. Für all das und vor allem: Für immer mehr gesamtgesellschaftliche Aufgaben

sind die Gemeinden und ihre Verbände zuständig. Eine hinreichende Kostenerstattung gibt's nicht. Wohl aber warme Worte. Die Folge: Allein in NRW buttern die Gemeinden Jahr für Jahr fast drei Milliarden Euro zu, während vor allem der ferne Bund die Ohren auf Durchzug stellt und die Augen vor dem Problem verschließt. LWL-Kämmerer Matthias Löb brachte es gestern auf den Punkt: „Nüchtern betrachtet streiten wir nur über die Frage, auf welcher kommunalen Ebene Schulden gemacht werden sollen.“ So ist das wohl. Leider!

Wer die Musik bestellt, muss sie bezahlen. Dieser Grundsatz hat etwas mit Anstand zu tun, er ist im normalen Leben die Regel. Es wird Zeit, dass dieses Prinzip das Geschäcker des politischen Alltags ersetzt. **Elmar Ries**



Eisenbahnfreunde wecken Bulderner Bahnhof auf

In den kleinen Bahnhof im Dülmener Ortsteil Buldern kehrt wieder Leben ein: Zwölf Jahre stand das Gebäude leer, bis die Eisenbahnfreunde Bahnhof Buldern es der Stadt abgekauft haben. Jetzt schufteten die Mitglieder, um

aus dem Bahnhof ein Kulturzentrum und Vereinsheim zu machen – und haben in all dem Gerümpel alte Schätze entdeckt, wie Vorsitzender Rainer Flachmeier zeigt. | Westfalen

Foto: Wilfried Gerhart

Landschaftsverband in Not

Defizit wächst / Kirsch will höhere Umlage / Bund beteiligt sich an Droste-Stiftung

Von Elmar Ries

MÜNSTER. Langsam, aber sicher geht dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) finanziell die Luft aus. Nach einem Defizit von 160 Millionen Euro in diesem Jahr erwartet der kommunale Spitzenverband trotz Sparpaket und kräftig sprudelnder Steuerquellen (Einnahmehplus: 110 Millionen Euro) für 2012 eine Finanzierungslücke von 85 Millionen Euro. „Wir stehen mit dem Rücken zur Wand“, klagte Landesdirektor Wolfgang Kirsch gestern in Münster bei der Ein-

bringung des 2,6 Milliarden Euro umfassenden Etatentwurfs für das kommende Jahr. Da der LWL seine Kreditgrenze von 200 Millionen Euro bis 2012 fast erreicht hat, wollen Kirsch und sein Kämmerer Matthias Löb die 27 zum Verband gehörenden Kreise und Kommunen stärker zur Kasse bitten. Der LWL-Chef will den Hebesatz für den Landschaftsumlage genannten Mitgliedsbeitrag von 15,7 um 0,8 Prozentpunkte auf 16,5 Prozent erhöhen. Das würde im kommenden Jahr rund 85 Millionen Euro zusätzlich in die

Kassen spülen. Diese Anhebung wollen die Kommunen natürlich vermeiden: Auch sie drückt die Schuldenlast.

Der Grund für die immer gravierender werdende Finanzkrise des LWL sind die nach wie vor massiv steigenden Kosten in der Sozialhilfe, die inzwischen über 80 Prozent des gesamten Haushalts ausmachen. Allein für die sogenannte Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen – das heißt die gesetzlich vorgeschriebenen Aufwendungen für deren Unterbringung, Betreuung und Pflege – steigen die Kosten

in Westfalen-Lippe pro Jahr um über 60 Millionen Euro. Kirsch wiederholte gestern seine Forderung nach einer Bundesbeteiligung.

Auf dem Feld der Kultur wird sich Berlin regional engagieren: Die Bundesregierung beteiligt sich wie das Land NRW und der LWL an der geplanten Droste-Stiftung. Deren Ziel ist es, den Stammsitz der Dichterin in Münster-Havixbeck zu erhalten. Das benötigte Kapital beträgt 19,3 Millionen Euro. Die noch fehlenden 2,8 Millionen Euro sollen aus Berlin kommen. | Kommentar

Bundesbank glaubt an den Euro

MÜNSTER. Das Bekenntnis der Bundesbank lässt keinen Zweifel: „Wir glauben an den Euro“, betonte Vorstandsmitglied Andreas Dombret im Gespräch mit unserer Zeitung. Für die Rettung der Gemeinschaftswährung sieht der Experte für Finanzmarktstabilität zwei Möglichkeiten. Zum einen könnten die Maastricht-Regeln runderneuert werden – und zwar mit strikteren Sanktionsmechanismen. Zweite Alternative: Die Euro-Länder verständigen sich auf eine vertiefte gemeinsame Fiskalpolitik. Dann wäre letztlich auch eine Haftung für die Schulden anderer Staaten denkbar.

Trotz zahlreicher Altlasten in den Bilanzen deutscher Banken hält Dombret im Falle Griechenlands, Irlands und Portugals die Forderungen für beherrschbar. „Die gute konjunkturelle Entwicklung gibt Rückenwind“, so Dombret. | Wirtschaft

Eurobonds: Merkel bleibt hart

STRASSBURG (dpa). Bundeskanzlerin Angela Merkel bleibt auch nach ihrem Treffen mit Frankreichs Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und Italiens Regierungschef Mario Monti bei ihrem Nein zu Eurobonds. An ihrer Haltung habe sich nichts geändert, sagte Merkel in Straßburg. Unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit drücke sich in unterschiedlichen Zinssätzen aus. Mit gemeinsamen europäischen Staatsanleihen die Zinssätze anzugleichen, sei ein falsches Zeichen. | Politik

GSG 9 verhaftet Neonazi-Helfer

Propaganda-Video beschlagnahmt / „Unfassbares Ausmaß“

KARLSRUHE (dpa). Der mutmaßliche Helfer der Neonazi-Terroristen, Andre E. aus Sachsen, sitzt in Untersuchungshaft. Die Bundesanwaltschaft wirft dem 32-Jährigen unter anderem vor, ein Propagandavideo für die terroristische Vereinigung nationalsozialistischer Untergrund (NSU) produziert zu haben. „Dieses Machwerk verhöhnt die Opfer der terroristischen Verbrechen der Gruppierung und zeigt ein unfassbares Ausmaß an Menschenverachtung“, sagte Generalbundesanwalt Harald Range in Karlsruhe.

Andre E. wird zudem der Volksverhetzung und der Beihilfe zur Billigung von Straftaten beschuldigt. Er soll bereits seit 2003 in engem Kontakt mit dem Neonazi-Trio Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe gestanden haben. Der Generalbundesanwalt geht davon aus, dass der Verdächtige 2007 den Propagandafilm produziert hat, mit dem sich die NSU zu den Morden an den neun Kleinunternehmern und zum Mordanschlag auf die Heilbronner Polizistin bekannt hat.



Der 32 Jahre alte Andre E. (M.) wird zum Haftprüfungs-termin beim Bundesgerichtshof gebracht. Foto: dpa

Das Polizei-Spezialkommando GSG 9 hatte Andre E. in Brandenburg festgenommen. Dort wohnt sein Zwilingsbruder, der auch immer wieder zum Kreis der Verdächtigen gezählt wird.

Unterdessen wurde bekannt, dass die Zwickauer Terrorzelle mit dem internationalen Rechtsextremisten-Netzwerk „Blood and Honour“ in Verbindung stand. Es habe sich um eine eingeschlossene Clique gehandelt.

Pokalauschluss für Dresden

FRANKFURT (dpa). Der DFB greift durch: Dynamo Dresden wird nach Fan-Krawallen beim Pokalspiel in Dortmund in der kommenden Saison nicht am Cup-Wettbewerb teilnehmen. Dieses im deutschen Fußball einmalige Urteil fällt das DFB-Sportgericht am Abend in Frankfurt. Dresden prüft eine Berufung gegen das Urteil. | Sport

Fitch stuft Portugal erneut herab

LISABON (dapd). Die Ratingagentur Fitch hat Portugal um einen weiteren Schritt herabgestuft. Das Land rangiert jetzt auf der Bewertung BB+ anstelle der besseren Stufe BBB-. Zur Begründung verwies die Agentur auf den „stark unausgeglichene Haushalt, hohe Verschuldung und einen ungünstigen makroökonomischen Ausblick.“

Der Schritt ist ein weiterer herber Rückschlag für Portugals Bemühungen, ökonomisch wieder auf die Beine zu kommen. Im Mai war das Land unter den Rettungsschirm der Europäischen Union geschlüpft.

Gericht verurteilt Deutschland

AACHEN (Inw). Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Deutschland (EGMR) in zwei Fällen erneut wegen der umstrittenen Sicherungsverwahrung verurteilt. Die Bundesregierung muss einem Mann (78) aus Aachen, der 2008 aus der Sicherungsverwahrung entlassen wurde, 5000 Euro Schmerzensgeld zahlen. Einem 59-jährigen Beschwerdeführer, der in Straubing in Sicherungsverwahrung untergebracht ist, sprach der EGMR 20 000 Euro Entschädigung zu. Die Richter sahen einen Verstoß gegen den Grundsatz „keine Strafe ohne Gesetz“.

